

Dr. Johannes Hahn

EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen,
Brüssel

Vielen Dank, Herr Professor Lendvai,
Herr Premierminister,
Herr Vizekanzler,
Frau Minister,

Herr Landeshauptmann, eine leichte Korrektur, also, wenn es nur um das Budget geht, das ich zu verantworten habe, bin ich gezehtelt worden. Von den früheren Fonds für Regionalpolitik zu den Fonds für die Nachbarschaftspolitik und für die Erweiterung, das ist nur mehr ein Zehntel, aber ich würde sagen, es ist dennoch ausreichend. Normalerweise müsste man beklagen, dass man zu wenig hat, aber es geht darum, die Mittel ordentlich und effizient und zielgerichtet einzusetzen.

Es wäre interessant sich anzuschauen, was die Themen des Forums Europa in den letzten 20 Jahren gewesen sind, und gelegentlich werde ich das auch tun. Ich glaube für uns alle ist das interessant sich anzuschauen, was uns die letzten 20 Jahre beschäftigt hat.

Ich sage das deshalb, weil ich glaube, es ist wichtig, dass man einem gewissen Pragmatismus huldigt, sich auseinandersetzt mit den Dingen, die gerade anstehen, die gerade notwendig sind, die man ansprechen muss, und Du, Herr Landeshauptmann, hast etwa die Flüchtlingsfrage angesprochen, und vor wenigen Jahren war das in der Dimension noch kein Thema, sondern es hat uns anderes umgetrieben.

Ich kann mich erinnern, dass wir in der vorigen Kommission praktisch keine Sitzung gehabt haben, in der nicht die Frage der wirtschaftlichen Krise angesprochen wurde, jetzt haben wir kaum eine Sitzung, in der wir nicht über Griechenland reden. Aber wir reden sehr viel mehr auch über Außenpolitik, über unsere Nachbarschaftspolitik, weil das momentan die Themen sind, die uns ganz massiv umtreiben.

Daher würde ich gerne die Fragestellung „Stößt Europa an seine Grenzen?“ dreifach angehen oder beantworten, denn es gibt nicht die Grenze schlechthin, sondern es gibt erstens innere Grenzen, mentale Grenzen und kulturelle Grenzen, es gibt zweitens politische Grenzen, und es gibt drittens auch institutionelle Grenzen.

Das sind aber alles sogenannte "moving targets", die sich bewegen, die nicht festgeschrieben sind. Und ich sage ganz offen, wenn Professor Lendvai die Frage stellt, ob ich optimistischer oder weniger optimistisch bin, stehe ich dazu, dass ich Mitglied der Partei des halbvollen Glases bin und nicht des halbleeren Glases. Daher sehe ich die Realitäten, sehe ich die Herausforderungen in der Tat von Carl Bildt oder Johnny Cash, von dem das Lied „Ring of Fire ...“ stammt. Europa ist umgeben von einem Ring von Herausforderungen, von Problemen, die nicht kleinzureden sind.

Wir haben in der europäischen Nachbarschaft, meine Damen und Herren, gegenwärtig 20 Millionen Flüchtlinge oder intern Vertriebene, die sich also im Land selbst auf der Flucht befinden.

Wir reden sehr viel über die Ukraine – mit Recht –, aber im Süden Europas sind es ungefähr 16 Millionen, wir haben ungefähr 12 Millionen syrische Flüchtlinge, wir haben fünf Millionen - fast schon vergessen - palästinensische Flüchtlinge, beide verteilen sich auf die Region, wir haben etwa im Libanon eine Situation, dass der Libanon 4,2 Millionen Einwohner hat und zusätzlich zwei Millionen Flüchtlinge.

Also, übertragen wir das, oder wollen wir das gar nicht übertragen auf europäische Verhältnisse oder Umstände: was würden wir wohl machen, wenn wir plötzlich einen Flüchtlingsstrom hätten in der Größenordnung von vier Millionen Menschen.

Das heißt, die Aufgabe einer europäischen Nachbarschaftspolitik – wie das eine klassische Aufgabe jeder Außenpolitik ist –, muss dafür sorgen, die Interessen Europas wahrzunehmen, und die Interessen Europas wahrnehmen heißt, für Frieden, für Stabilität, für Perspektive, für Wohlstand in der Nachbarschaft zu sorgen, beizutragen, weil, geht es unseren Nachbarn gut, dann geht's uns auch gut.

Das ist sozusagen die immerwährende Aktualität unserer politischen Herausforderung und unseres Tagesgeschäftes, und das stellt sich oft unterschiedlich dar. Es gibt unterschiedliche Schwerpunkte. Gegenwärtig ist Migration, ist Sicherheit in seinem umfassendsten Sinn eines der zentralen Themen, die es anzusetzen gibt und die sich vermutlich nicht von heute auf morgen lösen werden, und vor allen Dingen auch nicht von der Agenda verschwinden werden.

Aber, wenn wir eben diese Herausforderungen sehen - übrigens bei unseren östlichen Nachbarn haben wir etwa vier Millionen Flüchtlinge, zweieinhalb Millionen Ukraine, eine knappe Million in Aserbaidschan und dann kommt halt noch das eine oder andere dazu, wie Georgien, wo es auch intern Vertriebene gibt -, dann ist das einfach die aktuelle Situation, der wir uns gegenüber sehen, wobei ich sagen muss, das Gros derer, die versuchen, nach Europa zu kommen, stammt gar nicht von diesen Gebieten, von diesen 20 Millionen, natürlich sind einige Syrer dabei, sondern diese Flüchtlinge stammen noch aus anderen Gebieten, weiter weg von Europa als der unmittelbaren Nachbarschaft, das heißt, die zentrale Themenstellung ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass hier keine Bewegung Richtung Europa stattfindet, weil das in der Form für uns nicht verkraftbar ist.

Aber aus all diesen Themen heraus ergibt sich – und das ist ein Punkt, auf den ich hinweisen möchte, weil er mir etwas Sorge bereitet –, dass ich doch orte, dass sich in Europa, und zwar innerhalb der europäischen Familie, innere Grenzen wieder auftun, von denen ich und vermutlich viele von Ihnen gehofft hatten, dass Sie sie eigentlich schon überwunden sind.

Ich orte so etwas wie eine Restauration des Eisernen Vorhanges in den Köpfen vieler unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Damals schien die Welt geordnet zu sein, die, die im Westen waren, waren auf der guten Seite, und die, die im Osten waren, auf der schlechten, aber – vor allen Dingen – die im Westen haben sozusagen die Dinge überschaubar gesehen.

Jetzt sind die Dinge im Fluss. Wir reden so viel von der Spannung zwischen Nord und Süd vor dem ökonomischen Hintergrund, ich mache mir aber kulturell für Europa viel mehr Sorgen zwischen dem sich entwickelnden Spannungsverhältnis zwischen dem wohlhabenden, geordneten, homogenen Westen und dem

noch immer sozusagen in Bewegung befindlichen Osten, der für Irritation sorgt.

Es gibt ja auch sozusagen die Feststellung, westlich der Donau ist die Rationalität, östlich der Donau ist der Mystizismus angesiedelt. Wir haben in Europa vielfältigste Spannungsfelder, die es gibt, die nicht weggehen werden, von denen ich übrigens glaube, dass sie Teil der Stärke Europas sind. Denn Sie müssen sich einmal eine Weltkarte anschauen. Die Größe Europas gemessen an der restlichen Größe der Welt macht sieben Prozent der Weltbevölkerung aus - mit 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern - aber die immer noch mit Abstand der stärkste Wirtschaftsfaktor weltweit sind.

Wir sind jene Region mit den meisten Finanzinvestitionen von außerhalb Europas nach Europa, aber auch umgekehrt. Europa ist der mit Abstand größte globale Investor, also Europa ist unglaublich internationalisiert, und das muss uns auch klar sein, wenn wir uns überlegen wie die Rolle Europas in der Welt sein soll.

Wir können die wirtschaftlichen PS, die, wenn man sie addiert, beachtlich sind, politisch nur auf den Boden bekommen, wenn wir in Summe homogener auftreten, und daher ist die Feststellung unseres Außenministers, dass er zunehmend sozusagen diese Veto-Keule ortet, eine durchaus richtige und eine, die es gilt anzusprechen, denn auf diese Art und Weise können wir niemals unsere Kraft, die wir im Prinzip haben – wirtschaftlich-kulturell letztlich auch politisch –, umsetzen.

Aber wir müssen zu diesem Befund uns auch über sozusagen unsere inneren Problemstellungen im Klaren werden, die es gilt zu überwinden. Wir haben so viel von dem berühmten Jahr 1989 geredet. Die neunziger Jahre waren geprägt von Aufbruchsstimmung. Jetzt hat, das war, glaube ich, auch der Titel eines dieser Arbeitskreise, eine gewisse Ernüchterung Platz gegriffen.

Ich glaube aber, wir haben – gerade als gesellschaftliche Elite eines Landes und von ganz Europa – die Aufgabe, an der Vollendung dessen, was 1989 begonnen hat, zu arbeiten und das umzusetzen, nämlich wirklich die Vereinigung von Europa.

Wir müssen uns aber dennoch im Klaren sein, dass das gegenwärtig ein Projekt

ist, dem vermutlich nicht die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger folgt.

Ich sage aber auch, verantwortliche Politik und im Heimatland des Julius Raab, da darf man ihn auch zitieren, auch nach Jahrzehnten: „Es ist Aufgabe der Politik, der Politikerinnen und der Politiker, die Zukunft zu gestalten, manchmal auch Dinge sozusagen zu lancieren, die zunächst noch nicht den großen Applaus finden.“ Natürlich muss man das in einer Art und Weise tun, damit man nicht die Bürger dabei verliert, aber dennoch ist es Aufgabe voranzuschreiten und Dinge anzusprechen, auch wenn sie gegenwärtig nicht populär sind.

Wir sollen auch umgekehrt nicht vergessen, was wir in den letzten 20 Jahren als Europa geleistet haben. Vor etwas mehr als 20 Jahren bestand die Europäische Union aus zwölf Mitgliedsstaaten, die alle in sich gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell sehr homogen waren. Heute sind es 28, höchst heterogen in verschiedensten Dimensionen. Dass wir es trotzdem geschafft haben, mit all diesen Problemen das zusammenzuhalten, finde ich, zeigt die innere Stärke, die sozusagen dem geistigen Projekt Europa innewohnt.

Würde ich das auf die betriebliche Ebene umlegen, muss ich Ihnen ehrlich sagen, wenn eine Unternehmensgruppe aus zwölf relativ homogenen Tochterfirmen besteht, dann so zukauf, ich will nicht sagen „wild“, aber doch sehr heterogen, mit höchst unterschiedlichen Unternehmenskulturen, dann ist das normalerweise die Voraussetzung, dass das nicht funktioniert und dass das explodiert.

Nein, wir haben es geschafft, und wir sind auf gutem Wege, die Dinge zu stabilisieren.

Wenn es heißen hat, im Südosten Europas, am Balkan, stehen wir an der Kippe einer stärkeren Stabilisierung, oder dass die Dinge auseinanderfliegen, da bin ich nicht nur rational ein Mitglied des halbvollen Glases, sondern da glaube ich, da sind wir auch einen wirklich guten Weg, und dass heute der Premierminister von Serbien unter uns weilt, ist nicht nur eine Auszeichnung für uns, sondern ich möchte umgekehrt die Gelegenheit auch nützen, Dir Aleksandar, für die Arbeit – nicht nur in Serbien, sondern in der Region – zu danken. Serbien ist ein Anker in der Region, hat eine Bedeutung in der Region, die größer ist als das Land selbst, und da habe ich jetzt keine wie immer gearteten Anwendungen, das Rad

der Zeit zurückzudrehen, sondern es sind Faktizitäten.

Daher ist es wichtig, welchen Weg Serbien in eine pro-europäische Zukunft nimmt, weil das auch ein ganz wesentlicher Faktor für die Stabilisierung der Region insgesamt ist. Wir werden sie stabilisiert haben, wenn alle Länder am Ende des Tages Mitglied der Europäischen Union sein werden; das wird noch seine Zeit dauern, denn es gilt, diese Länder heranzuführen im wahrsten Sinn des Wortes, deswegen gibt es auch keinen Stopp der Erweiterungsverhandlungen, aber wir müssen begreifen, dass es hier um einen Prozess geht, diese Länder allmählich gesellschaftlich und wirtschaftlich und zum Beispiel auch in ihrem rechtlichen Verständnis an Europa heranzuführen.

Das ist nicht damit getan, dass wir Verhandlungen über die Übernahme des Rechtsbestandes führen, die Verhandlungen mit Österreich haben diesbezüglich etwa zwei Jahre gedauert, mit Kroatien haben sie schon sieben Jahre gedauert, weil es eben nicht nur darum geht, die Gesetze sozusagen in nationale Gesetzgebung zu transformieren, sondern, dass die zugrundlegenden Beschlüsse auch entsprechend nachhaltig umgesetzt werden. Ich sage Ihnen, in all diesen Ländern gibt es State-of-the-art-Gesetze im Kampf gegen Korruption, aber es geht um eine nachhaltige Implementierung.

Es ist Vieles gesagt worden, warum etwa Serbien nicht bei den Sanktionen gegen Russland mitgegangen ist. Meine Damen und Herren, ein Land, das noch vor 16 Jahren von der westlichen Wertegemeinschaft bombardiert wurde, da habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass in der Gesellschaft die Dinge noch nicht so weit sind und dass hier auch die politische Elite einen behutsamen Weg gehen muss zwischen Nach-vorne-Breschen, aber die eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht zu verlieren.

Hier sind die Aufgaben sehr komplex, und ich sage Ihnen, ich habe den tiefsten Respekt vor allen Akteuren dort, auch vor den Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die sich hier einbringen, und wo es auch darum geht, Politik und Zivilgesellschaft zusammenzubringen und sie nicht als Parallelwelten nebeneinander stehen zu lassen.

Hier sind viele Dinge noch zu erledigen, ich sehe uns aber trotzdem insgesamt auf einem positiven Weg.

Das führt mich zur zweiten Kategorie, den politischen Grenzen, jetzt nicht im Sinne der klassisch festgeschriebenen, sondern im Sinne dessen, was auch diskutiert wird, wo beginnt Europa, wo endet Europa?

Auch das ist, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund realpolitischer Gegebenheiten zu sehen. Es gibt insgesamt unter den europäischen Bürgerinnen und Bürgern sicherlich unter dem Eindruck der Krise eine gewisse Erweiterungsmüdigkeit, und es gibt manche Länder, die am europäischen Territorium sind, die ich langfristig natürlich als europäische Mitgliedsländer sehe, aber hier sind wir noch viel weiter entfernt als das gegenwärtig heute am westlichen Balkan der Fall ist.

Wir brauchen also hier Pragmatismus, Ambition, Augenmaß und müssen die Dinge verfolgen. Hier haben wir, wenn Sie so wollen, eine langfristige Strategie, aber wir müssen flexibel – auch flexibel hinsichtlich der Antworten – sein, wenn es um die täglichen Herausforderungen geht.

Ein letztes Wort oder ein letzter Aspekt, das sind die institutionellen Grenzen. Es wurde von unserem Freund Ungureanu das bevorstehende Referendum in Großbritannien angesprochen. Auch da sage ich Ihnen, ich glaube, das, was hier von den Briten angestoßen wurde, was sich ja auch durchaus in weiten Teilen mit einer Befindlichkeit unter anderen Mitgliedsstaaten wiederfindet, das finde ich positiv, weil es uns zwingt, uns damit auseinanderzusetzen, was wir in der Zukunft als wichtig empfinden, um auf europäischer Ebene geregelt zu werden und was wir nicht auf europäischer Ebene regeln müssen.

Meine These ist nur, oder meine Forderung ist, dass wir weniger auf europäischer Ebene regeln, aber dieses „Weniger“ schneller regeln können und unter Umständen auch mit Mehrheiten, gegebenenfalls qualifizierten Mehrheiten. Denn das ist eine wesentliche Frage für Europa in der Zukunft, wenn es darum geht, den globalen Herausforderungen zu begegnen, da können wir uns nicht Monate oder Jahre Zeit lassen, um Entscheidungen zu finden, und dann vielleicht noch konfrontiert zu sein mit dem einen oder anderen unter uns, die – wie soll ich sagen – mit einer gewissen Sympathie nach China und nach Russland schielen und meinen wie schnell dort Dinge entschieden werden.

Meine Damen und Herren, es kann keine Alternative zur Demokratie geben, es kann nur eine Alternative geben zu den Mechanismen, die wir gegenwärtig intern anwenden, dass wir hier besser werden. Aber wer von uns will als Alternative eine Diktatur oder eine sehr zentral gesteuerte Regierungsform auf Basis des Verlustes von Freiheit, Menschenwürde, des Fehlens der Presse- und Medienfreiheit und all den Begleiterscheinungen?

Nein, das europäische Konzept ist mit Abstand das attraktivste, deshalb wollen so viele der Europäischen Union folgen. Es ist immer so viel die Rede von unserer soft power, und dass wir naiv sind. Offensichtlich gibt es nichts Attraktiveres als unsere Naivität und unsere soft power im Gegensatz zu den vielen anderen Aggressoren, die es auf der Welt gibt.

Da sollten wir Europäer eigentlich stolz sein und damit entsprechend auch umgehen, aber das bedeutet, dass wir auch institutionell uns adaptieren müssen. Ich sage Ihnen ganz offen, die größere Sorge oder die größere Herausforderung, der wir uns gegenübersehen mit der britischen Thematik ist am Ende des Tages die Euro-Mitgliedschaft.

Denn das, was sozusagen vordergründig das Thema ist, ist zu bewerkstelligen, aber, wenn am Ende des Tages praktisch alle Mitglieder der Eurozone sein werden mit all den wirtschaftlichen und fiskalischen Konsequenzen, dann wird es für ein Land schwierig sein, das nicht dabei ist. Das wird das Thema sein. Aber das ist nicht das Thema gegenwärtig, das wird eines in der Zukunft sein, aber dessen sollten wir uns im Klaren sein.

Also nochmals, Europa ist ein permanenter Prozess. Es gibt unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Herangehensweisen. Das, was uns nach innen und außen eint, ist, dass wir Frieden, Stabilität, Prosperität haben wollen, dass wir eine Perspektive für unsere Kinder und Kindeskiner haben wollen und dass wird das sozusagen im Rahmen der Europäischen Union – wie die Vergangenheit gezeigt hat – am besten auch in der Zukunft abwickeln können, aber dazu bedarf es des aktiven, des kritischen Beitrags von allen von Ihnen und daher bedanke ich mich, dass es solche Veranstaltungen, solche think tanks gibt, denn sie haben eine Ausstrahlung in der Tat in den Montag hinein, in den Dienstag, und in die nächstfolgenden Wochen und Monate. Vielen herzlichen Dank!

(Applaus)